

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 3789 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telel. 11

Nummer 25

Altensteig, Dienstag den 31. Januar 1928

51. Jahrgang

Die Zentrumsentscheidung

Berlin, 30. Jan. Ueber die Sitzung des Reichsparteiausschusses des Zentrums wird folgender parteioffizieller Bericht ausgegeben: Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Zentrumspartei, die nach der persönlichen Seite ihre Entstehung bereits gefunden haben, bilden den ersten und wichtigsten Gegenstand der eingehenden Aussprache der heutigen Sitzung des Reichsparteiausschusses. Sie ergab eine völlige Uebereinstimmung insbesondere auch darüber, daß innerhalb der Zentrumspartei über die Notwendigkeit und den Wert des Berufsbeamtenums Einmütigkeit besteht. Zum Schluß der Aussprache wurde unter lebhaftem Beifall der Versammelten folgende Entscheidung angenommen:

Die in der letzten Zeit innerhalb der Zentrumspartei entstandenen Meinungsverschiedenheiten haben dem heute versammelten Reichsparteiausschuss Veranlassung gegeben, die Gesamtlage und die bevorstehenden Aufgaben in eingehender Aussprache zu klären. Diese Klärung ist mit dem Ernst und dem Verantwortungsbewußtsein erfolgt, die der Augenblick erheischt, und hat klar erkennen lassen, wie unerlässlich die innere Grundreinigung der deutschen Zentrumspartei ist. Der Reichsparteiausschuss gibt den Angehörigen der Partei im Lande mit Genugtuung davon Kenntnis.

Zugleich lenkt er die Aufmerksamkeit auf die Erfüllung der sozialen Grundgedanken, die von jeher das Fundament der deutschen Zentrumspartei gewesen sind. Die deutsche Zentrumspartei kann ihrem innersten Wesen nach nur eine christliche und soziale Volkspartei sein. Für sie war soziale und politische Entwicklung stets aufs engste miteinander verbunden. Jahreszielens hat sie die deutsche Sozialpolitik fort beeinflusst.

Auch in der deutschen Politik hat sie die aus den gewaltigen Umwälzungen sich ergebenden Aufgaben entschlossen aufgearbeitet und in den verschiedensten Koalitionen schrittweise zu lösen sich bemüht. Sie ist sich dessen bewußt, daß neue bringliche Stagen der Lösung barren.

Weiße Kreise des werktätigen Volkes in der Arbeiterkategorie, im Mittelstand und in der Landwirtschaft haben in den Wirren der letzten Jahre den Anteil am Ertrage ihrer Arbeit nicht zu erringen vermocht, der ihnen zu ihrem Ausleben und zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben im Volksganzen zukommen muß. Altersde Arbeiter und Anseherliche sehen sich vor steigenden Existenzschwierigkeiten, viele kinderreiche Familien haben nicht das zum Leben Notwendige. Noch immer sind eine halbe Million Familien im Deutschen Reich ohne Wohnung. Darum müssen die Arbeitnehmer an dem Gesundungsprozess der deutschen Wirtschaft durch Steigerung ihres Einkommens und ihrer Arbeitsbedingungen in steigendem Maße Anteil nehmen. Altersde Arbeiter und Anseherliche sind gegen die rückwärtige Produktion zu schützen. Die Invaliden der Arbeit, Werkverweigerer und Kleinrentner bedürfen angesichts der allgemeinen Verarmung einer besseren Sicherung ihrer Existenz. Die Finanzierung des Wohnungsbaues muß unter allen Umständen bis zum Beginn der Bauperiode sichergestellt sein.

Die Produktion in Industrie und Landwirtschaft bedarf in Rücksicht auf unsere schwierige Lage in der Weltwirtschaft einer besonderen planmäßigen Förderung. Durch sorgfältige Finanzwirtschaft und beschleunigte Verwaltungsreform muß namentlich für den Mittelstand in Handwerk, Handel und Gewerbe sowie für die Landwirtschaft eine Entlastung von den drückenden Steuern und Abgaben herbeigeführt werden.

Die Zentrumspartei wird diesen dringlichen Zeitaufgaben mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzgeberischen Möglichkeiten gerecht werden. Gesetzgeberische Maßnahmen allein genügen nicht. Sie bedürfen einer Ergänzung durch eine Verwaltung, die sich nicht bloß an vorhandenen Gesetzen, sondern am lebendigen Verständnis und am Mitgefühl für die Volksnöte orientiert.

Gesetzgebung und Verfassung können ihre vollen Früchte nur dann bringen, wenn verständnisvolles Mitwirken und Zusammenwirken aller Volksschichten im Lande sie tragen. Kastengeißel und Klassenurteile finden in der deutschen Zentrumspartei keine Heimstatt. Die Zusammenfassung aller Schichten unter dem einigenden Gedanken einer christlichen Kultur, sozialer Gerechtigkeit und wahrer Volkerverbundenheit im deutschen Volkstaat bleibt das unverrückbare Ziel der deutschen Zentrumspartei. Der Reichsparteiausschuss erwartet von der Fraktion des Reichstags, daß sie sich für die baldige Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes, das unseren kulturpolitischen Grundgedanken entspricht, mit aller Kraft einsetzt. Weiter wird der Fraktion Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Dr. Curtius über die Wirtschaftslage

Berlin, 30. Jan. Bei der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums im Haushaltsausschuss des Reichstages ergriff nach einigen Debatterednern der einzelnen Parteien Reichsminister Dr. Curtius das Wort, um sich über die allgemeine Wirtschaftslage und im besonderen über die Anleihepolitik des Reiches zu äußern. Er führte u. a. aus: Die Höhe der Auslandsanleihen halte noch nicht für beunruhigend. Die gesamten Auslandsanleihen belaufen sich auf rund 4,5 Milliarden Mark, dazu kommen noch kurzfristige Ver-

pflichtungen von 2-3 Milliarden, das ergibt, abgesehen von den Daweslofen, rund 6 Milliarden Mark. An Zinsen und Annuitäten sind insgesamt 400 Millionen Mark auszubringen. Darin sehe ich keine Gefährdung unserer Währung. Diese Kredite sind im großen und ganzen produktiv vermerkt. Die Frage der eigenen Kapitalbildung muß stärker in den Vordergrund treten, aber ich schätze die eigene Kapitalbildung auf mindestens den dreifachen Betrag der Auslandsanleihen. Eine Drohselung der Auslandsanleihen über das schon eingetretene Maß würde eine empfindliche Drohselung der Konjunktur bedeuten. Wenn die Beratungskommission in der Frage der Konsolidationsanleihe noch nicht weiter gekommen ist, so beruht das einmal darauf, daß das Material der Enquete darüber noch nicht völlig durchgearbeitet worden ist und daß der Reparationszins erst vor einigen Tagen zurückgekehrt ist, um uns mitteilen zu können, wie das amerikanische Staatsdepartement sich dazu stellt. In Verbindung mit dieser Frage steht die Frage der Geldversorgung im allgemeinen. Ich erwähne hierbei, daß eine Sitzung des Reichsbankparlamentes innerhalb des Reichskabinetts stattgefunden hat und dabei der Frage der besseren Versorgung der Länder ein großer Raum gewidmet war. Wenn hier gemeint wurde, daß durch den Börsensturz im Mai die eigene Kapitalbildung schwer gestört worden sei, so pflichte ich dem nicht ganz bei.

Das Reichswirtschaftsministerium ist zuständig, sich um die Entwicklung der Geldverhältnisse zu kümmern; aber es ist nicht in der Lage, die Wertkurve zu beeinflussen. Mit gesetzgeberischen Maßnahmen wird auf diesem Gebiete außerordentlich wenig zu erreichen sein. Niemand wird sich den Bedenken wegen Gefahren einer positiven Handelsbilanz ganz verschließen, aber die Passivität der Handelsbilanz bedeutet noch keine Gefährdung des Wohlstandes des Landes, ebensowenig wie das Umgekehrte der Fall ist.

Der Wirtschaftsminister Dr. Curtius erklärte im weiteren Verlauf seiner Rede, daß durch die Anstiegsrate der Eisenindustrie die Eisenpreise ungebärdigt in die Höhe getrieben worden seien. Er sieht darin eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens. Er verweist dabei auf seine Versicherungen in der Fachpresse, daß, wenn durch Sondilate der freie Markt ausgeschlossen würde, die Gemeinwirtschaft an seine Stelle treten müßte. Der Minister kündigt schließlich die Gründung einer Exportbank zur Förderung der Ausfuhr an.

Dr. Stresemann vor dem Reichstag

Berlin, 30. Januar.

Im Reichstage sprach bei der Beratung des Haushalts im Auswärtigen Amt

Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die aktuellen außenpolitischen Fragen.

Die Hauptfrage sei gegenwärtig die Denkschrift, die die Reichsregierung dem aussetzt in Bezug tagenden Sicherheitskomitee des Völkerbundes eingeleitet hat. Auf Grund der im September vom Völkerbund gefassten Entschlüsse müsse man abwarten, daß es aus der Märztagung der Abrüstungskommission gelinge, die technischen Vorarbeiten zum Abschluß zu bringen, um damit die Einberufung der ersten Abrüstungskonferenz zu ermöglichen. Deutschland habe in Genuß seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit zu erkennen gegeben. Die Denkschrift der Reichsregierung erbringe den Beweis, daß es ihr mit dieser Zusicherung ernst ist. Immer wieder müsse man aber betonen, daß kein Staat mehr oder auch nur ebensowiel zur Lösung der Sicherheitsfrage beitragen hat, wie Deutschland. Der Minister weist darauf hin, daß Deutschland ein läckenloses Netz von Schiedsgerichts- und Vergleichsverträgen geschlossen habe. Eine reale Garantie für die Befestigung des Krieges könne nur dadurch geschaffen werden, daß für alle Differenzen ein Verfahren wirklichen Ausgleichs gefunden wird. Unmöglich sei es, die Sicherheit einzelner Staatenaruppen auf Kosten anderer Staatenaruppen zu begründen.

Der Redner betonte, daß die deutsche Denkschrift nichts anderes zum Ausdruck bringe als den Grundgedanken von Locarno. Vom Reichsaußenminister seien die diplomatischen Verhandlungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Es sei zu begrüßen, daß die Vereinigten Staaten damit ihr aktives Interesse auf dem Gebiete der Friedenssicherung gezeigt hätten. Die Nahhandelspolitik habe nach der Befestigung der einseitigen Weisbegünstigung eine für Deutschland betriebliegende Entwicklung angenommen. Von besonderer Bedeutung sei der Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich, Japan und Siam. Der mit Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag ist der erste, den Deutschland überhaupt jemals mit Frankreich abgeschlossen hat. Daraus ergeben sich besondere Schwierigkeiten. Die Tatsache, daß die Weltwirtschaftskonferenz Richtlinien für eine freiere Gestaltung des internationalen Handels aufgestellt und den Regierungen empfohlen hat, hat unerkennbar dazu beigetragen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Auch aus allgemeinen politischen Gründen sei es besonders zu begrüßen, daß durch den Abschluß dieses Handelsvertrages ein wichtiges Gebiet der deutsch-französischen Auseinandersetzungen bereinigt worden und aus der deutsch-französischen Diskussion ausgeschieden ist. Der Redner betonte, daß jetzt an die Regelung unserer Wirt-

schaftsbeziehungen zu dem Osten herangegangen werden müsse. Es werde dabei die Aufgabe der Reichsregierung sein, unsere Landwirtschaft besonders zu berücksichtigen. Wir ständen gegenwärtig in Verhandlungen mit der Tschechoslowakei, Polen, Litauen und Griechenland. Die letzteren ständen unmittelbar vor dem Abschluß. Neue Verhandlungen ständen demor mit Desterreich und Ungarn. Mit Betriedigung sei festzustellen, daß die Wirtschaftsbeziehungen mit Jugoslawien eine abschließende Regelung gefunden hätten. Es sei zu hoffen, daß auch die rumänische Regierung sich dazu verstehen werde, die Handelsbeziehungen zu Deutschland vertraglich zu regeln. Mit Rußland ständen wir vor neuen Besprechungen. Es liege auf der Hand, daß bei diesem ersten Versuch eines Ausgleichs zwischen zwei verschiedenen Wirtschaftssystemen eine endgültige Lösung nicht sofort erreicht werden konnte. Die benötigten Besprechungen hätten das Ziel, die Lücken und Mängel, die sich bei der Handhabung des deutsch-russischen Handelsvertrages in der Zwischenzeit ergeben hätten, zu beseitigen. Deutschland habe klar und selbstbewußt an dem internationalen Wert eines Ausgleichs der wirtschaftlichen Gegensätze mitgearbeitet. Je mehr die wirtschaftlichen Gegensätze und Spannungen verschwinden, umso mehr wird diese Friedenspolitik erfolgreich sein. Wir werden diese Politik auch weiterhin verfolgen und uns dabei auch weiter aktiv an den Arbeiten beteiligen, die der Völkerbund auf wirtschaftlichem Gebiet in Angriff genommen hat. Deutschland hat als erstes Land das internationale Abkommen über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote unterzeichnet. Der Redner begrüßt es, daß der Völkerbund seine Initiative neuerdings besonders den wirtschaftlichen Weltproblemen zuwendet.

Der Minister bespricht dann die deutsch-litauischen Beziehungen und hebt hervor, daß die Besprechungen mit dem litauischen Ministerpräsidenten eine weitgehende Uebereinstimmung gebracht hätten.

Der Minister geht dann zu den deutsch-polnischen Beziehungen über und erklärt, die Nervosität und das Mißtrauen einzelner politischer Zeitungen gegen die in Berlin gefassten Verhandlungen sei nicht berechtigt. Deutschland habe alles getan, um auf die Befestigung der Spannungen zwischen Deutschland und Polen hinzuwirken. Die bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen bereits getroffenen Vereinbarungen hätten die einmütige Billigung des Kabinetts. Der Minister betont, er wolle es zurückweisen, wenn vom Pommerschen Landbund gesagt werde, daß die Hemmnisse gegen den Schutz der Landwirtschaft vom Auswärtigen Amt ausgehen. Die deutsche Wirtschaft habe ein starkes Interesse daran, den politischen Markt nicht durch einen dauernden Zollkrieg zu verlieren. Ein gleiches Interesse bestehe in Polen.

Weiter kommt der Minister auf die deutsch-französischen Beziehungen zu sprechen. Nach dem Abschluß des Handelsvertrages handle es sich darum, auf dem Gebiete der Politik eine gleiche Verständigung zu finden. Ein Hemmnis sei die Fortdauer der Besetzung. Der Reichspräsident habe in seiner Neujahrsansprache das allgemeine Empfinden des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht, als er die Räumung forderte. Wenn die Entwicklung der Besetzungen zwischen Frankreich und Deutschland trotz der Fortdauer der Rheinlandbesetzung keine direkte Störung erfahren hätte, so zeuge das für den guten Willen des deutschen Volkes. Darüber müsse man sich auch in Frankreich klar sein. (Lebhafte Zustimmung.) Es sei richtig, daß die Rheinlandbesetzung in Locarno nicht ausgesprochen wurde. Es sei daher auch nicht richtig, daß die Locarno-Mächte Deutschland gegenüber ihr Wort gebrochen hätten. Locarno sollte nicht das Ende, sondern der Anfang einer neuen Politik sein. Nichts kann die Sicherheit Frankreichs fester garantieren, als der Locarnovertrag. Wer noch mehr Sicherheit will, hat Zweifel in den geschlossenen Vertrag. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir nicht das Vertrauen haben, daß solche Verträge gehalten werden, dann hat es gar keinen Zweck, sie zu schließen. Der Minister erklärte, wenn irgend ein Volk an der Lösung der Sicherheitsfrage interessiert sei, so sei es das deutsche. Es müßte endlich einmal darauf hingewiesen werden, daß in dem Rat nach Sicherheit gegen Deutschland ein Stillstehen liege, das nicht länger von der Öffentlichkeit getragen werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die Maschinenwende und Kanonen ständen noch heute im Rheinland gegenüber einer Macht, mit der man friedliche Verträge abgeschlossen habe. Er denke bei der Forderung der Räumung des Rheinlandes nicht daran, daß das Rheinland die Schwierigkeiten der Besetzung nicht länger tragen wolle. Wir wissen, daß es lieber bis zum Ende tragen wird, als ihre Befestigung mit der Preisgabe weiterer Rechte Deutschlands erkaufen zu wollen. Vor wenigen Wochen erst hat Erz. Wallraf die Frage aufgeworfen, ob nicht Frankreich und Deutschland sich verständigen können, um dadurch die Friedenssicherheit nicht für Deutschland und Frankreich, sondern für ganz Europa zu geben. Wir können, so schloß der Minister, nicht die Masskulla aufkommen lassen, daß Deutschland die vorzeitige Räumung des Rheinlandes mit Maßnahmen erkaufen will, die nicht dem Frieden dienen, sondern eine wirksame Förderung der Krisenpolitik bedeuten würden. (Lebhafter Beifall.)

Unsere Zeitung bestellen!

Neues vom Tage

Kriegsentschädigungen an Neutralen

Berlin, 30. Jan. Smith wird mitgeteilt: Die von der norwegischen Regierung während und nach dem Kriege wiederholt geltend gemachten Forderungen auf Entschädigung Norwegens für von dem Deutschen Reich während des Krieges getroffenen Maßnahmen sollen nunmehr auf Grund einer freundschaftlichen Vereinbarung durch Zahlung von 6,8 Millionen Mark abgegolten werden, den die norwegische Regierung für Familien im Kriege ums Leben gekommener norwegischer Seeleute zu verwenden beabsichtigt. — Nach Meldung Berliner Blätter aus Madrid hat die deutsche Regierung Spanien 3 Millionen Goldmark bezahlt als erste Rate der Entschädigung für Ausgaben, die der spanischen Regierung durch den U-Boottkrieg erwachsen sind.

Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz

Neu-Strelitz, 30. Jan. Im Freistaat Mecklenburg-Strelitz fanden am Sonntag die Wahlen zum Landtag statt. Die Wahlbeteiligung war sehr stark. Sie ist gegenüber der Vorwahl um 15 Prozent auf rund 80 Prozent gestiegen. Während die Deutschnationalen ihren Stand ungefähr bewahrt haben, gewannen die Sozialdemokraten rund 4000 Stimmen. Im einzelnen verhielten sich die Stimmen und Mandate nach den vorläufigen Feststellungen wie folgt: Sozialdemokratische Partei 19 264 (15 306), Mandate 13 (12); Verband der Haus- und Grundbesitzervereine 1553 (1569), Mandate 1 (1), Kommunistische Partei 3564 (4172), Mandate 3 (3), Verband für Handwerk und Gewerbe 5173 (4615), Mandate 4 (4), Deutschnationale Volkspartei 10 904 (10 415), Mandate 8 (10); Aufwertungs- und Volksrechtspartei 1886 (0), Mandate 1 (0); die Deutsche Volkspartei 1825 (2031), Mandate 1 (1), Vereinigte Erbpächter, Bäuer und Häusler 1414 (0), Mandate 1 (0); Deutschösterreichische Freiheitsbewegung 1960 (2294), Mandate 1 (1); Bund der Kleinlandwirte 665 (1765), Mandate 0 (1); der Dorfbund 559 (0) Mandate 0 (0); die Deutsche Demokratische Partei 2362 (3068), Mandate 2 (2), Deutsche Reformpartei 124 (0), Mandate 0 (0).

Die Standalaffaire Bergmann

Berlin, 30. Januar. In der Affaire des Lombard- und Lagerhauses Bergmann hat der Oberstaatsanwalt heute nachmittag gegen Bergmann und dessen Ehefrau, gegen eine Reihe seiner Mitarbeiter, sowie gegen den Kaufmann Kraus und gegen Staatsanwalt Walter Jacobi I die Voruntersuchung eröffnet. Das Verfahren lautet gegen alle Beteiligten auf Verdacht des Betruges.

Schweres Kobunglied

Graz, 30. Januar. Wie aus Vorderberg berichtet wird, begann gestern ein mit 7 Personen besetzter Bob auf der Prebischer Straße während rasender Fahrt zu springen, geriet in den Straßengraben und fuhr derart knapp an einem Obstbaum vorbei, daß der Lenker mit dem Kopf gegen den Baum geschlagen wurde und sofort tot war. Der nun führerlos gewordene Bob rannte noch 30 Meter abwärts und prallte auf einen Holzstoß auf. Dabei erlitt ein Fahrer so schwere Verletzungen, daß er im Spital von Loeben, wohin er gebracht wurde, verstarb. Zwei Mitfahrer wurden schwer, die übrigen leichter verletzt.

60 Schlitten mit Menschen und Pferden ins Meer getrieben
Hoslau, 30. Januar. Bei einem Sturm im Koschen Meer wurden 60 Schlitten mit Menschen und Pferden auf Eisschollen ins Meer getrieben.

Deutscher Reichstag

Berlin, 28. Januar.

Präsident Ebe eröffnete am Samstag die Sitzung um 12 Uhr und kam sofort auf die kaiserlichen Vorgänge zurück, die sich am Schluß der Freitag-Sitzung ereignet haben. Der Präsident stellt fest, daß die Rede des Abg. Dr. Fried (Kat.Soz.) grobe Verleumdungen gegen die parlamentarische Ordnung enthalten habe, die den Bizepräsidenten Graf zu weiteren Maßnahmen veranlaßt hätten, wenn ihr genauer Wortlaut zu verlesen gewesen wäre. (Lachen links.) Graf habe sofort mitgeteilt, daß er nach Einsichtnahme in das Stenogramm das Weiterer veranlassen werde. Im Einvernehmen mit dem Bizepräsidenten Graf wird hiermit der Abg. Dr. Fried wegen der Beschimpfungen, die er gegen die getöteten Minister Erzberger und Rathenau nach dem ersten Ordnungsruf noch fortgesetzt hat, und für die Ausfälligkeiten am Schluß seiner Rede, die den heiligen Staat und die Republik Deutschland in erschütternd beschimpfenden Ausdrücken herabsetzte, zur Ordnung gerufen. Die weiteren Maßnahmen, die zweifellos am Freitag diesem Ordnungsruf gefolgt wären, wenn eine sofortige Rüge möglich gewesen wäre, können nicht mehr angeordnet werden.

Präsident Ebe rief weiter den Abg. Jodisch (Komm.) zur Ordnung wegen den Drohungen, die er gegen den Bizepräsidenten Graf ausgesprochen habe. Es sei im Reichstage immer möglich gewesen, gegen entl. Feindsprüche Einspruch zu erheben. Der Präsident teilt noch mit, daß die komm. Abgeordneten Berg und Hierin gegen ihren Ausschluß Einspruch erhoben hätten.

Abg. Kozler (Komm.) erklärt, die Gebührensätze des Herrn Graf treten immer nur dann ein, wenn die Darlegungen von rechts kommen. Wenn Kommunisten Zwischenrufe machen, sei das Gebührensatz außerordentlich gut in Ordnung. Der Redner verlangt Rücknahme der Ausschüsse. Der parteiliche Bizepräsident müsse von seinem Posten verschwinden.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Angelegenheit dem Ausschuss zur Weiterbehandlung überwiesen.

Das Haus legt dann die zweite Beratung des Haushalts des Justizministeriums fort.

Abg. Schölen (link. Komm.) nennt den Bizepräsidenten Graf einen der dümmsten und brutalsten Präsidenten, die der Reichstag je gehabt habe. (Ordnungsruf.) Der Redner setzt seine Beschimpfungen gegen den Bizepräsidenten Graf fort und erhält im Verlauf seiner Ausführungen weitere drei Ordnungsrufe. Als ihm Präsident Ebe schließlich das Wort entziehen will, verläßt er die Rednertribüne.

Abg. Brodow (Dem.) äußert Bedenken und Mißfallen darüber, daß die Gemeinheiten des Abg. Fried nicht sofort entschieden zurückgewiesen worden seien. Der Redner richtet an den Reichsjustizminister die Frage, was er zu tun gedenke, damit der durch den Staatsgerichtshof festgestellte Anspruch Preußens auf den Reichsbahnverwaltungsrat nicht alsbald verwirklicht werde. Weiter sei das Justizministerium für die Frage zuständig, wie die Rentenansprüche von Angehörigen ehemaliger Fürstentumskassen endlich aus der Welt geschafft werden. Der von der Reichsregierung ausgearbeitete Entwurf werde den Anforderungen, die Preußen stellen müsse, in keiner Weise gerecht.

Abg. Wlenke (Dnt.) wendet sich gegen die Schädlingsen, die dem Handwerk und Gewerbe durch die Gefängnisarbeit zugefügt werden.

Reichsjustizminister Herat erklärte, daß er für die Frage des Verwaltungsrats der Reichsbahn nicht zuständig sei. Die politische Verantwortung für diese Frage trage der Reichsjustizminister. Nach der Erklärung des Reichskanzlers sei diese Angelegenheit doch wohl noch jeder Richtung klar gestellt. (Lachen links.) Der Minister erkennt mit Genugtuung an, daß sich das Berufsbildertum vollkommen loyal auf die Durchführung des Arbeitsgerichtsgesetzes eingestellt habe. Der Gesetzentwurf zur Bahrung der Rechtseinheit liege im Reichsrat. Die Arbeiten über die neue Zivilprozessordnung seien im Gange. Die Frage der Gefangenearbeit werde Reichsregierung und Reichstag noch beschäftigen.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) fordert weitgehende Hilfen für die entlassenen Strafgefangenen.

Reichsjustizminister Herat sagt zu, die Erledigung dieser gefangenberührenden Arbeiten nach Möglichkeit zu beschleunigen. Die Bestimmungen finden am Montag statt.

Beim Hausbalk des Rechnungshofes und des Reichsparks am Samstag erklärt Abg. Simon-Schwaben (Sos.), die Zahlung der Ruhrmillionen und die Pöbels-Anwesenheit hätten die Notwendigkeit gesetzt, eine härtere Kontrolle über die Reichsfinanzen auszuüben.

Der Hausbalk wird genehmigt.

Montag 15 Uhr: Hausbalk des Auswärtigen Amtes, Abstimmungen über den Justizhaushalt.

Die Ansprache zur Stresemann-Rede

Nach Stresemann sprach Abg. Brellscheid (Sos.) und erklärte, unverständlich sei der Einspruch der Rechten dagegen, daß Politiker und Parlamentarier politische Vorträge im Ausland halten. Auch die deutschen Auslandsvertretungen sollten den Verfassungstag würdig begehen. Der Redner wendet sich dann den großen politischen Fragen zu und erklärt, daß seine Partei im großen und ganzen mit der Art der Führung der auswärtigen Politik einverstanden sei. Für alle Maßnahmen zur Sicherung des Friedens sei die Sozialdemokratie stets zu gewinnen. Der Wert der in der Deutschheit enthaltenen politischen Kenntnisse der Regierung sei aber so lange zweifelhaft, als draußen im Lande andere Töne angeschlagen würden. Auf politischer Seite müßten den Worten auch endlich Taten folgen. Das Jahr 1928 werde ein entscheidendes Jahr für die europäische Außenpolitik sein. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß die kommende Regierung die Interessen des Friedens und der Verständigung wirksamer vertreten werde.

Abg. von Freytag-Loringhoven (Dnt.) betont, die Deutschnationalen könnten Talsachen, die eine frühere Resolution geschaffen hat, nicht von heute auf morgen beseitigen. Sie müßten versuchen, das Beste aus ihnen zu machen und das Vertrauen sich durchaus mit der Kritik an der Politik, die zu Locarno und Genf geführt habe. Solche Kritik werde durch die Zugehörigkeit zur Koalition nicht behindert, denn Koalition sei nach den Worten des Reichskanzlers Arbeitsgemeinschaft und nicht Gefinnungsgemeinschaft. Das Unbehagen an den Genfer Verhältnissen sei ganz allgemein. Der Kern des Problems liege in der Notwendigkeit, durch die allgemeine Abklärung die fehlende Gleichberechtigung und durch Ausbau des Artikels 19, der eine Korruption unabweisbar gemordener Verträge vorzieht, eine wirkliche Friedensordnung zu schaffen. Eine wirkliche Friedensbewahrung sei nur auf dem Boden des Rechtsgedankens, nicht aber auf Grund der Gewaltverträge von 1919 möglich. Das spreche die deutsche Note aus und darin liege ihre große Bedeutung. Deutschlands Aufgabe im Völkerbund sei die Vertiefung des Rechtsgedankens. Das Frankreich heute eine Verständigung nicht wolle, zeige sich auch bei seiner Ostpolitik, die vielleicht auf ein Locarno ohne uns hinauslaufe. Die Politik der Finken habe verfaßt. Daran könnten auch die Besuche Wirths und Kochs-Weser nichts ändern. Lassen Sie, so schließt der Redner, nun uns handeln und werfen Sie nicht aus parteipolitischen Gründen unleser Steine in den Weg. Vielleicht bringt sie uns dem Ziele näher. Als der Redner erklärt, die Außenpolitik der jetzigen Regierung habe doch vieles erreicht, stimmte die Linke und auch Dr. Wirth (Ztr.) lebhaft zu. Auf Zurufe der Linken: Wir haben diese Politik eingeleitet, entgegnete der Redner: Aber wir haben sie in unserem Sinne fortgesetzt.

Abg. Dr. Vredt (Wirtsch. Verein.) weist auf die gegenwärtige Haltung der französischen Außenpolitik hin, die in keiner Weise die an Locarno geknüpften Hoffnungen erfüllt habe. Jetzt ließe für Deutschland nur die Politik des Abwartens, bis möglichst der Anspruch auf die Rheinänderung erfüllt sei. Die Beratungen werden darauf abgebrochen. Das Haus nimmt noch die Abstimmungen über den Justizhaushalt vor. Die demokratische Einheitsliste, in der die Reichsregierung erlucht wird, möglichst bald die Prüfung der Frage der Übernahme der Justizverwaltung der Länder auf das Reich vorzunehmen und dem Reichstag über das Ergebnis Bericht zu erstatten, wird im Himmelfest mit 172 gegen 134 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und eines Teiles der Deutschen Volkspartei unter Führung der Abg. Dr. Kohl und Dr. Scholz abgelehnt. Das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsjustizminister wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt. Der Hausbalk des Justizministeriums wird in der Ausschussfassung angenommen.

Das Haus vertagt sich Johann auf Dienstag 15 Uhr.

Di. Wenderoths.

Original-Roman von Marie Farling

(Nachdruck verboten.)

Da wäret Ihr ja alle froh, wenn das Ungetüm eure Wege nicht mehr kreuzet! Doch, einstweilen bin ich noch hier und ich bin gekommen, um von deinen eigenen Lippen deine Untreue zu hören. Ist es wahr, daß Lieselotte Krüger deine Braut ist?

Ein warmer Schein fliegt über des Oberförsters finsternes Gesicht. „Ja, Lieselotte, das herrliche Mädchen, hat mir verziehen, daß ich ein solch erbärmlicher Schwächling war. Zu Weihnachten soll unsere Verlobung veröffentlicht werden.“

Frau Erika ist in die Knie gesunken. „Es ist nicht wahr, Hans! Sag, daß es nicht wahr ist, du kannst keine andere Frau lieben, nachdem du mich einmal geliebt!“

Gott Ekel wendet Hans sich ab. „Stehen Sie auf, gnädige Frau! Gerd Wenderoths Frau hat mit mir nichts mehr gemein; sie sollte sich schämen, vor einem anderen Manne zu knien!“

„Hahaha“, lacht Frau Erika gellend, indem sie emporkaumelt. „mir wirst du Untreue vor und kannst doch selbst die Treue nicht halten!“

In diesem Augenblick taucht an der Wegbiegung ein Wagen auf; man hat sein Kommen auf dem weichen Schnee nicht gehört.

„Geben Sie, gnädige Frau! Was werden die Leute denken, die uns hier im Schnee stehen sehen!“

„Lassen Sie sie denken, was sie wollen — mir ist alles gleich! Ich selbst werde aller Welt erzählen, daß ich mit dem tollen Hans ein Stelldichein gehabt.“

„Sie mögen tun, was Sie nicht lassen können, mich kümmert es nicht. Lieselottes Glauben und Vertrauen kann eine Erika Wenderoth nicht zum Wanken bringen.“

Mit kaltem Hohn spricht Hans die letzten Worte, dann geht er tief in den verschneiten Wald hinein, ohne sich um Frau Erika weiter zu kümmern.

Diese ist mit einem Aufschrei zu Boden gesunken, gerade in demselben Augenblick, als der Wagen sie erreicht. Es ist ein Wenderothsches Gefährt, das der Verwalter zum Bahnhof geschickt, um Rosa abzuholen, die bei dem Schneestöber laum zu Fuß nach Hause kommen konnte.

Entsetzt springt das Mädchen vom Wagen, als sie die Gebieterin im Schnee liegen sieht.

„Um Gott, gnädige Frau, wo kommen Sie her? Wie kommen Sie bei diesem Unwetter in den Wald?“

Frau Erika öffnet die Augen. Entsetzt hebt Rosa zurück vor dem unheimlichen Blick, der aus Erikas Augen hervorbricht.

„Wo ist er geblieben?“ fragt Frau Erika, „er wollte mich überfallen, ich habe mich gewehrt — da bin ich ohnmächtig geworden!“

Rosa hat unterdessen Frau Erika mit Hilfe des Kutschers auf den Wagen gebracht und ihr die wärmenden Decken umgeschlungen. Verwundert und entsetzt blickt Rosa auf ihre Herrin.

„Ich habe niemanden gesehen, als den Herrn Oberförster, gnädige Frau! Er hat Sie gewiß nicht bemerkt, denn er ging eine Strecke von Ihnen entfernt durch den Wald. Er hätte sich Ihrer doch angenommen, wenn er Sie gesehen hätte.“

„Nicht gesehen, der freche Mensch? Er war es ja gerade, der sich mir in den Weg stellte!“

Rosa blickt ganz entsetzt auf und der Knecht verzieht seinen Mund zu einem trübseligen Grinsen.

„Nimm dich in acht, Wilhelm, daß du nichts verlauntes läst, ich fürchte, die gnädige Frau redet irr. Du weißt, wie streng Herr Wenderoth gegen Quaschereien vorgeht und erst recht, wenn sie seine Frau betreffen!“ flüstert die resolute Rosa dem Burdian zu.

Im Hause herrscht nicht wenig Aufregung, als Frau Erika die wieder bewußtlos geworden ist, hereingetragen wird. Gerd ist nicht dabei, Frau Wenderoth aber schickt sofort zum Arzt; sie selbst bleibt bei der Kranken und versucht, sie wieder zur Besinnung zu bringen.

Rückwärts blickt Frau Erika auf ihre Schwiegermutter,

als ihr das Bewußtsein wiederkehrt.

„Was willst du hier, Mutter? Laß doch Rosa kommen, sie genügt vollkommen. Macht doch nicht so viel Aufhebens von einer einfachen Ohnmacht.“

„Ich werde dir Rosa schicken, wenn du es wünschst!“ versetzt Frau Wenderoth ruhig, „im Uebrigen hättest du wohl besser getan, meinem Räte zu folgen und zu Hause zu bleiben. Ich habe zu unserem Hausarzt geschickt, er wird wohl bald kommen.“

„Auch das noch! Mich wundert nur, daß ihr nicht auch gleich den Pfarrer geholt habt. Lächerlich, diese Aufregung um einer Kleinigkeit wegen!“

Frau Wenderoth geht schweigend hinaus; kaum aber ist sie fort, als Frau Erika mühsam aus dem Bett klettert. Sie hat das Paket erblüht, das Rosa mitgebracht, und mit gierigen Blicken und mit zitternden Händen öffnet sie es. Liebsvoll streichelt sie die Flaschen in demselben. Die leeren Flaschen auf dem Schrank legt sie in das Paket zurück, das sie wieder verschließt und in die Ecke stellt.

„Die bringe ich gelegentlich fort, hinter den großen Tisch!“ flüstert sie für sich, indem sie die Tür wieder aufschließt und wieder unter die Decke kriecht. Kaum ist sie fertig, als Gerd mit dem Arzt eintritt.

„Nanu, keine Frau, was machen Sie denn für Sachen? In solchem Schneestöber draußen umherzulaufen?“ scherzt der alte Arzt.

Erika lächelt. „Als ob ich ein Zuckerpüppchen wäre! Mir fehlt ja nichts, der kleine Ohnmachtsanfall ist längst über!“

Der Arzt untersucht Frau Erika; er findet vorläufig noch nichts Besondere und verordnet vorbeugende Mittel, damit der kleine Ohnmachtsanfall keinen Schaden im Gefolge habe.

Am Abend tritt Rosa zu Frau Wenderoth und Gerd, die beide in der Diele am Herdfeuer sitzen; sie erzählt, wie sie Frau Wenderoth gefunden und was diese gesagt hatte.

„Die gnädige Frau hat unbedingt im Fieber gesprochen!“ versichert Rosa treuherzig, „ich habe das Wilhelm auch gesagt und ihm verboten, darüber zu sprechen.“

(Fortsetzung folgt.)



Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 31. Januar 1928.

Amliches. Berest wurde Reichsbahnsekretär B l a n z von Tuttlingen nach Vohburg-Rodt. — Dem Landwirt Gottlob Eberhardt in Unterfisingen wurde für seinen „Pipifax“ Patent und Ermächtigung zur Ausübung des Beschäftigungsbetriebes für das Jahr 1928 erteilt.

Postkassisches. Vom 1. Februar 1928 an werden die Gemeinde Walddorf, die Teilgemeinde Nonhardt und das Chauffeehaus Walddorf vom Zustellbezirk der Postagentur Rohrdorf O. A. Nagold abgetrennt und wieder dem Zustellbezirk des Postamts Nagold zugeordnet. Die Postbeförderung von und nach Walddorf erfolgt durch Postkraftwagen der Linie Nagold-Pfalzgrafenweiler bei Fahrt 17 (Abgang in Nagold 10.11 Uhr vorm. in Walddorf 10.35 Uhr vorm.). Außerdem werden die in Walddorf tagsüber angefallenen Briefsendungen mit Fahrt 22 (Abgang in Walddorf 19.50 Uhr) noch abgefördert. Die Gebühren für den Verkehr zwischen Walddorf und Nagold (einschl. Nelshausen, Unter- und Oberchwandorf, Wehlingen und Bödingen) sind nun wieder die Gebühren des Ortsverkehrs, d. h. der einfache Brief kostet 8 Pfg., die Postkarte 5 Pfg.

Vortrag. Am Mittwoch abend spricht Landtagsabgeordneter K o o s, der vom 8. Deutschnationalen Wahlkreisverband Nagold-Calw-Neuenbürg als Spitzenkandidat aufgestellt ist, im „Grünen Baumjaal“ über Verwaltungsreform, Steuerpolitik, Verkehrs- und Schulfragen, ein Thema, das sicher für jedermann von Interesse sein dürfte.

Agfa-Lichtbilder-Vortrag. Samstag abend hielt Herr Ingenieur W. Sürth aus Dresden im Auftrag der Agfa-Gesellschaft in Berlin im „Grünen Baumjaal“ einen Lichtbildervortrag über die photographischen Erzeugnisse obiger Firma mit praktischen Vorfahrungen, der bei freiem Eintritt recht gut besucht war. Die äußerst interessanten und sehr lehrreichen Ausführungen des geschätzten Redners und seine Demonstrationen an Platten und Papieren, deren Belichtung, Entwicklung und Verwendung eingehend geschildert und praktisch vorgeführt wurde, sowie Projektion einer überaus großen Anzahl prächtiger Schwarzweiß- und Naturfarbenaufnahmen fanden das lebhafteste Interesse der entzückten Zuhörer und deren aufmerksamen Beifall. In fesselnder, mit Humor gewürzter, sehr ansprechender Vortragsart versuchte Herr Sürth die Vorzüge und Vorteile der Agfa-Produkte den Anwesenden zu erläutern und vergaß dabei nicht die neuesten Erfindungen und Verbesserungen auf diesem so vielseitigen Gebiet zu erwähnen. In erschöpfender Weise behandelte er das Negativmaterial, Agfa-Papiere und ihre Verarbeitung, die Fernphotographie, die Blitzlichtphotographie und besonders eingehend die Naturfarbphotographie mit Agfa-Farbenplatten. Es wurde eine Farbaufnahme mittels Blitzlicht im Saale hergestellt, zwei Mal entwickelt, im Umkehrbad behandelt, gewässert, getrocknet und dann zum Schluß nach kurzer Zeit im Projektionsapparat als Lichtbild vorgeführt. Alles, auch die Verarbeitung der Papiere und Abzüge von flauen und dichten Negativen gelang aufs Beste. Die projizierten Diapositive stellten hervorragende schöne Landschafts-, Porträts-, Gruppen-, Sports-, Pflanzen-, Tier- und Kinderbilder dar, mit ganz raffiniert ausgeführten Motiven. Die Vielseitigkeit der photographischen künstlerischen Aufnahmen und ihre einwandfreie, wirkungsvolle Wiedergabe in verschiedenen Farbönen war erstaunlich und besonders die strengen Naturaufnahmen wiesen eine entzückende Farbenpracht und vollendete Plastik auf. Sie boten einen besonders großen Genuß und waren geeignet, manchen welcher der Farbenphotographie bisher noch fern stand, zu einem Versuch mit Farbenplatten zu veranlassen.

Resultat des Preiswettbewerbs in Altensteig. Bei dem an den letzten Sonntagen in der Turnhalle in Altensteig abgehaltenen Preiswettbewerb wurden folgende Resultate erzielt: 1. und Ehrenpreis (Kleinatiberggewehr) Walter, Spielberg, 35 Ringe, 2. Mast Christian, Grömbach, 34 Ringe, 3. Dieterle, Grömbach, 34 Ringe, 4. Burgardt, Friseurmeister Altensteig, 33 Ringe, 5. Eugen Schleich, Garzweiler, 33 Ringe, 6. Fritz Großhans, Altensteig, 32 Ringe, 7. Zahn, Grömbach, 32 Ringe, 8. Seid, Grömbach, 32 Ringe, 9. Bürkle, Grömbach, 32 Ringe, 10. Kohler, Altensteig, 32 Ringe, 11. Kalmbach, Ueberberg, 31 Ringe. Geschossen wurde stehend aufgelegt, auf zwölf Ringscheiben, Entfernung 20 Meter.

Wiederkehr-Generalsammlung. Am Sonntag, den 29. Januar 1928 fand bei Mitglied R. Luz a. „Bad“ die 90. Generalsammlung statt. Vorstand Witzmann eröffnete mit Begrüßungsworten die Versammlung, welche sehr zahlreich besucht war, mit folgender Tagesordnung: Jahresbericht, Kassenbericht, Wahlen, Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Vorstand Witzmann anlässlich des 25jährigen Bestehens des Vereins einen eingehenden Rückblick aus der Vereinschronik, wobei er die Namen der Gründer, sowie der Vorstände und Dirigenten, welche während den 90 Jahren das Vereinsgeschick steuerten, bekannt gab. Aus den Ausführungen des Vorstandes war zu entnehmen, daß sich der Verein seit seiner Gründung, welche von einer kleinen Gruppe erfolgte, stets wacker gehalten hat und es bis zum heutigen Tag auf eine erfreuliche Höhe gebracht hat. Der Verein zählt heute einschließlich Ehrensänger und Ehrenmitglieder 190 Mitglieder. — Ferner hatte Vorstand Witzmann die angenehme Aufgabe, dem Sänger August J o h e r für 25jährige treue aktive Mitgliedschaft je die Ehrenurkunde vom Verein und Nagoldgaujüngerbund zu überreichen. Mit dem Chor: „So sei gegrüßt viel tausendmal“ wurde dann in die Tagesordnung eingetreten. Der Kassen- und Rechnungsbericht, welcher von Kassier Henkler und Schriftführer Armbruster

vorgetragen worden ist, wurde mit Befriedigung aufgenommen. Aus letzterem war zu entnehmen, daß der Verein in der Pflege des deutschen Liedes unter der rührigen Leitung des Dirigenten, Hauptlehrer Doppel, weitere Fortschritte gemacht hat und den Verpflichtungen seinen Mitgliedern gegenüber in vollem Maße nachgekommen ist. Auch wurde die Sängerkasse an die Wasserfante, welche den Hauptganzpunkt im Jahre 1927 darstellte, nochmals eingehend geschildert. — Laut Statut hatte die Hälfte der Ausschuhmitglieder auszuscheiden. Die Wahlen, welche geheim stattfanden, ergaben eine erfreuliche fast einstimmige Wiederwahl der bisherigen Ausschuhmitglieder. Unter Punkt Verschiedenes wurden einige innere Vereinsangelegenheiten debattiert. Während der Pausen kamen immer wieder Chöre zum Vortrag und es herrschte bis zum Schluß der Versammlung eine fröhliche harmonische Stimmung. Auch Ehrenvorstand Karl Luz gab seiner Freude Ausdruck, daß der Verein eine so stattliche Sängerkasse aufweist und so harmonisch zusammenlebt. Nachdem noch einige frohe Pieder erklingen waren, schloß Vorstand Witzmann mit Worten des Dankes die Versammlung.

Ein sonderbarer Winter. Wie wunderbar ist doch dieser Winter! Es gibt Leute, die an einen richtigen Winter überhaupt nicht mehr recht glauben wollen. Die Natur scheint ihnen recht zu geben. Ganz schneefrei liegen die Felder. Sonst breitet sich um diese Zeit auf Aedern und Feldern die stille, weiße Einsamkeit des Winters, in die nur dann und wann das heisere „Kraah“ der winterfesten Krähe bricht. Nun aber zeigt das Feld, an sonnigen Tagen zumal, ein der Jahreszeit ganz ungewohntes Bild. Gar nicht wie tot und erstorben empfindet man die Natur. Nicht wie im Spätherbst mit seiner Dede und Trostlosigkeit, seinem Erloschen und düsterem Vergehen. Ja es nur Täuschung oder lebt und atmet Mutter Erde mitten im Winter in vorfrühlingshaftem Sonnenschein? Da drüben adert gar ausgangs Januar ein Bauer mit lautem Hüh und Hott sein Feld und weiß und braunglänzend öffnet sich Furchen auf Furchen. Dort wird Dünger gebreitet, um den Boden bereit zu machen zu Wachstum und Fruchtbarkeit. Von fernher aber strahlt der Winter.

Oberstahel, 29. Januar. (Schafweidenverpachtung.) Bei der am 28. Januar stattgefundenen Verpachtung verblieb die hiesige Gemeindefeldweide für die Zeit vom 1. April bis 31. Dez. 1928 dem lehrjährigen Pächter Schafhalter G a u s in Betrad um ein Pachtgeld von 700 RM.

Aus dem Oberamt Calw

Calw, 29. Jan. Die überaus milde Witterung in diesem Monat veranlaßt die Bienen fast jeden Tag zu einem Ausflug. An dem Bienenstand summt und brummt es, wie wenn wir uns schon im März befinden würden. Während im Frühling und Sommer der Imker mit Schumzeln dem münteren Tammeln der Bienen zusieht, kann er jetzt an dem lustigen Treiben keine Freude haben. Die Bienen haben keine Winterruhe und verzehren sehr viel Futter, auch ist es möglich, daß reizbare Königinnen bereits in die Eiablage eintreten. Mit Besorgnis sieht der Bienenzüchter der weiteren Entwicklung der Bölker zu. Da im letzten Jahr in unserer Gegend alle Bölker gefüttert werden mußten, so ist zu befürchten, daß die Bienen ihre Vorräte zu rasch aufzehren und im Frühjahr an Futtermangel leiden.

Aus dem Oberamt Freudenstadt

1. Offentl. Unfallmeldebienst. Bis jetzt ist es noch nicht allgemein bekannt, daß sämtliche Gemeinden und Teilgemeinden des Bezirks, in welchen öffentliche Fernsprechstellen eingerichtet sind, Tag und Nacht zu jeder Stunde den in Freudenstadt eingerichteten Unfallmeldebienst und damit insbesondere auch das Bezirkskrankenhaus zur Hilfeleistung anrufen können. Hieron bittet die Bezirkskrankenhausverwaltung Kenntnis zu nehmen. Das Sanitätsauto der Amtskörperschaft steht den Bezirksangehörigen auf Anruf auch zu jeder Nachtstunde zur Verfügung.

Aus dem Lande

Stuttgart, 30. Jan. (Vom Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Südwürttemberg.) Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Zahl der Bewerber im Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Südwürttemberg für jede der drei Gruppen auf sieben festgesetzt. Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden ersucht, ihre Vorschlagslisten bis spätestens 12. Februar bei dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes Südwürttemberg in Stuttgart einzureichen.

Genehmigung der Tübinger Jubiläumsstiftung 1927. Durch Beschluß des Staatsministeriums ist der „Tübinger Jubiläumsstiftung 1927“ mit dem Sitz in Tübingen die nachgesuchte Genehmigung erteilt worden. Die Stiftung ist unter der Aufsicht des Kultministeriums gestellt worden.

Südb. Textil- und Bekleidungsmesse. Schuh- und Ledermesse. Die Frühjahrmesse 1928 findet in den Tagen vom 17. bis 20. März in der Stuttgarter Gewerbeschule und sämtlichen angebauten Hallen statt. Zum erstenmal wird ihr in besonderer Abteufung eine Schuh- und Ledermesse angegliedert. Die Frühjahrmesse wird, wie bisher, alle einschlägigen Branchen, Rohmaterialien, Werkzeuge und Maschinen aufweisen. Vertreten sind Industrie und Großhandel aller zugehörigen Geschäftszweige.

Uhrindustrie. Aus dem Uhrenladen der Firma Hüller & Co., Königstraße 38, wurden in der Nacht zum Samstag, wahrscheinlich in den ersten Morgenstunden, durch Bertrümmern eines Schaufensters goldene Herren- und Damenuhren im Werte von etwa 7000 Mark entwendet.

Aufwertung von Pfandbriefen. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Zum Zweck der Aufwertung von Pfandbriefen können die Hypothekendarlehen ihren Pfandbriefgläubigern eine Abfindung anbieten, die als angenommen gilt, wenn nicht ein bestimmter Teil der Gläubiger widerspricht. Dieser Widerspruch setzt die Hinterlegung der Pfandbriefe bei einem Notar oder einer amtlichen Hinterlegungsstelle voraus. Um die Geltendmachung dieses Rechtes nicht durch Kosten zu erschweren, hat das Justizministerium für solche Hinterlegungen bei amtlichen Hinterlegungsstellen, als welche regelmäßig die Amtsgerichte in Betracht kommen, Gebührenbefreiung angeordnet.

Vom Rathaus. Das vorjährige Volksfest hat einen Ueberschuß von rund 117 000 Mark ergeben. Davon werden nach einem Beschluß des Gemeinderats 100 000 Mark zur Durchführung künftiger Volksfeste zurückgestellt. — Der Gemeinderat bewilligte die Errichtung einer Gasparabellung bei der Städtischen Sportasse. — Der Gasabfag im Jahre 1927 in Stuttgart hat sich außerordentlich stark entwickelt. Es muß sofort ein neuer Gasbehälter errichtet werden. Derselbe wird auf 300 000 Cbm. bemessen. Die Kosten in Höhe von 2 100 000 Mark wurden vom Gemeinderat bewilligt.

Reutlingen a. G., 30. Jan. (Zu j a m e n t o s.) Ein von Urad kommenden Personauto ließ oberhalb des Ortes mit dem Motorrad des Geschäftsführers des Bauernbundes, Theodor Körner jr., zusammen. Letzterer wurde ganz erheblich an Schulter, Arm und Fuß verletzt. Das herbeigekommene Sanitätsauto verbrachte den Beringlückten ins Uradter Krankenhaus.

Reutlingen, 30. Jan. (Töblicher Motorradunfall.) Ein schweres Unglück ereignete sich Samstag abend auf der Straße nach Eningen. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache stießen das Auto des Bauunternehmers Schmidt in Reutlingen und der Motorradfahrer Emil W o n n e n m a c h e r von Unterhausen mit solcher Heftigkeit zusammen, daß der Motorradfahrer mit seinem Rad in den Strohhengraden geschleudert wurde, wobei der 21 Jahre alte Mann bei schwerer Verblümung sofort tot war.

Währingen a. F., 28. Jan. (Eisefuchsdrama.) Der 18jährige Wily Schmidt von hier schoß gestern abend in der Tübingerstraße auf die 17jährige Klara W a y von hier, mit der er längere Zeit ein Verhältnis gehabt hatte, das aber von ihr vor einiger Zeit gelöst worden war. Die Kugel wurde an einer Haarnadel abgelenkt, so daß das Mädchen unverletzt blieb. Schmidt richtete hierauf die Waffe gegen sich selbst und schoß sich eine Kugel durch den Kopf, die seinen Tod herbeiführte.

Wedelbach, O. A. Dohringen, 28. Jan. (Töblicher Unfall.) Der 37 Jahre alte, in Gleichen wohnhafte Landwirt Heinrich Winland wurde beim Holzfällen am Rande einer Klinge von einem ins Rollen geratenen Buchenstamm in die Schlucht hinabgeschleudert und schwer verletzt aus dem die Schlucht durchfließenden Bache gezogen. Der Verletzte starb im Bezirkskrankenhaus in Dohringen.

Göppingen, 30. Jan. (Kaubüberfall auf einen Omnibus.) Am Samstag abend wurde der Omnibus der Linie Jehenhausen-Göppingen überfallen. Der Fahrer des Wagens bemerkte, daß an der Bedarfskassette „Waldeckhof“ jemand wartete. Er hielt an. Der innerhalb des Wagens sich aufhaltende Kassier kam nach vorne und öffnete die Türe. Er bemerkte zwei maskierte Männer, von denen einer sofort eine Schußwaffe gegen ihn richtete und ihn zur Herausgabe seines Geldes aufforderte. Als der Wagenführer die Gefahr bemerkte, verließ er seinen Platz auf der andern Seite des Wagens, um an die Täter heranzukommen. Während er auf diese zuzuging, richtete einer der Barfschen die Schußwaffe gegen den Fahrer. Dieser wurde durch einen Schuß aus einem Walgentrommel am Handgelenk erheblich verletzt. Trotz der erlittenen Verletzung konnte der Fahrer den in den Bad stühenden Barfschen zwei Schüsse nachsenden. Die fünf bis sechs Fahrgäste, die sich im Wagen befanden, bemerkten den Vorfall erst, als die Schüsse fielen. Ein Chauffeur, der sich unter den Fahrgästen befand, verbrachte den Omnibus samt dem Verletzten nach Göppingen. Die Täter werden als etwa 18-20jährig bezeichnet.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Marshall Haig gestorben. Der aus dem Weltkrieg her bekannte englische Feldmarschall Haig ist gestorben. Carl Haig ist als Nachfolger des Feldmarschalls Lord French im Jahre 1915 Oberbefehlshaber der britischen Armee bis zum Ende des Krieges gewesen. Haig war ursprünglich Kavallerieoffizier und ist in die höheren Stellen der englischen Generalität erst in verhältnismäßig spätem Alter eingetrückt, obwohl er immer als schneidiger und besonders tüchtiger Offizier galt. Er erstreute sich in England allergrößten Ansehens und hat u. a. nach dem Kriege in England die Sitte eingeführt, am Waffenstillstandstage Wohlblumen zugunsten der Kriegsverwundeten und Kriegswaisen zu verkaufen. Die menschliche Wohlstandigkeit, die ihn im Gegensatz zu vielen französischen höheren Offizieren immer ausgezeichnet hat, ist auch während des Krieges international bekannt gewesen.

Der litauische Ministerpräsident von Berlin abgereist. Der litauische Ministerpräsident Prof. Woldemaras ist am Sonntag abend, begleitet von seiner Gattin und dem Ministerialdirektor im litauischen Außenministerium Dr. Janinius, vom Bahnhof Friedrichstraße wieder nach Romno abgereist.

Eröffnung der Schmittenhöhe-Bahn. Fürstbischof Dr. Nieder weihte die Schmittenhöhe-Bahn in der Talstation bei Zell a. See ein. Nachher wurde eine Festmesse auf dem Gipfel der Schmittenhöhe (2000 Meter) zelebriert. Unter den Festgästen befanden sich u. a. der Landeshauptmann von Salzburg, der Landeshauptmann von Tirol, der bayerische Ministerpräsident Dr. Held und der deutsche Gesandte in Wien, Graf Lerchensfeld.



